

**Rede  
von**

**Antonia Hillberg, MdL**

zu TOP Nr. 23

Abschließende Beratung

**Studieren in Niedersachsen - Attraktivität steigern,  
Konkurrenzfähigkeit erhalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen - Drs. 19/1704

während der Plenarsitzung vom 26.09.2024  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Studieren in Niedersachsen - das ist eine gute Idee. Ich glaube, das ist eine Aussage, hinter der sich alle Menschen im Team Niedersachsen schon mal versammeln können. Daher müsste es eigentlich auch das gemeinsame Anliegen dieses Hauses sein, die Attraktivität des Studienstandortes Niedersachsen zu stärken und seine Konkurrenzfähigkeit zu erhalten und voranzutreiben.

Im vorliegenden Antrag haben wir daher verschiedene Handlungs- und Maßnahmenfelder eröffnet, die genau dazu beitragen. Während wohl einige meinen, dass dies überflüssig ist - so klang es zumindest in den Ausschussberatungen -, kann ich dem nur entgegnen: Absolut nicht! Unsere politische Aufgabe ist es nämlich tatsächlich nicht immer, das Rad neu zu erfinden. Manchmal geht es auch darum, das Bestehende auszubauen und noch besser zu machen. Oder, um es hier noch mal bildhaft zu erklären und möglichst viele mitzunehmen: Wenn ein Stuhl wackelt, dann muss man etwas tun; das ist wohl klar. Man muss aber nicht unbedingt einen neuen Stuhl bauen oder kaufen. Manchmal reicht es auch, die lockeren Schrauben wieder festzuziehen und dann zu merken, dass man nun deutlich besser sitzt als vorher. Wer hätte das gedacht?

Kommen wir aber nun von handwerklichen Fähigkeiten wieder zum akademischen Betrieb in Niedersachsen. Die Studierendenzahlen gehen zurück. Das haben wir gerade schon gehört. Dies ist aber nicht nur ein niedersächsisches, sondern ein bundesweites Phänomen, verstärkt durch demografische Entwicklungen und auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Besonders besorgniserregend ist jedoch, dass Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders schlecht abschneidet, denn wir verlieren mehr Studierende an andere Länder, als wir gewinnen. Diese Entwicklung müssen wir dringend umkehren.

Warum ist das aber ein wichtiges Ziel? Der Fachkräftemangel ist in vielen Bereichen bereits spürbar. Wenn wir es nicht schaffen, mehr junge Menschen für ein Studium in Niedersachsen zu gewinnen, laufen wir Gefahr, den Bedarf an qualifizierten Fachkräften in den kommenden Jahren nicht decken zu können. Denn der Klebeffekt von jungen Menschen, die ihre akademische Ausbildung in Niedersachsen genossen und sich hier ein Leben aufgebaut haben, vor Ort angekommen sind, geht verloren. Wenn wir jetzt nicht entsprechend handeln, führt das dazu, dass wir in der Zukunft ernsthafte Probleme haben werden. Denn es ist sinnvoll, dass wir die benötigten Fachkräfte auch hier im eigenen Land ausbilden: von der Universität bis in die handwerklichen Werkstätten.

Lassen Sie uns aber nun noch einen Blick auf die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen werfen. Ein zentraler Punkt in unserem Antrag ist, wie eben schon erwähnt, die Flexibilisierung der Studienbedingungen. Denn der Lebensalltag von Studierenden hat sich deutlich verändert. Es gibt mehr Studierende, die Sorgearbeit

leisten, die chronisch erkrankt sind oder neben dem Studium viel arbeiten müssen. Unsere Hochschulen müssen diesen Realitäten besser gerecht werden. In diesem Kontext wollen wir auch, dass Urlaubssemester, Nachteilsausgleiche und Fehlversuche deutlich weiterreichend in den Blick genommen werden.

Darüber hinaus braucht es auf der einen Seite eine wirklich bedarfsgerechte Studienberatung zu Beginn und auf der anderen Seite auch eine Beratung für Studienzweiflerinnen und Studienzweifler. Eine solche Beratung muss zielgruppengerecht sein und soll dazu beitragen, Studienabbrüche möglichst zu vermeiden. Sollte das Studium aber dann doch abgebrochen werden - das ist, ehrlich gesagt, auch nichts Schlimmes -, dann ist es die Aufgabe dieser Beratung, den Übergang in eine andere Ausbildungsmöglichkeit zu ebnen, beispielsweise in einen handwerklichen Beruf. Denn eines wollen wir auf jeden Fall vermeiden: dass junge Menschen durchs Raster fallen und irgendwo als ungelernete Hilfskräfte landen.

Hierzu sei auch gesagt, dass wir als SPD-Fraktion stets die Gleichwertigkeit der akademischen und der beruflichen Bildung betont haben. Dies möchte ich an dieser Stelle prominent hervorheben. Denn zumeist kommen diese Aussagen ja immer nur, wenn wir im Fokus über Berufsausbildung sprechen, und nie, wenn wir uns über das Studieren unterhalten.

Darüber hinaus soll auf der Ebene der Studienabbruchsvermeidung auch eine weitere Initiative auf den Weg gebracht werden, die aus verschiedenen Perspektiven von Studierenden, Lehrenden und auch der Hochschulleitung die Studienbedingungen mit Blick auf den Studienerfolg umfassend analysiert. In dem Zusammenhang soll dann auch - ganz wissenschaftlich - zum Studienende eine Befragung von Absolventinnen und Absolventen sowie Abbrecherinnen und Abbrechern stattfinden, um eine Datenlage mit Gründen für Studienabbrüche zu schaffen. Dann können wir auf Basis dieser Daten genau dort bedarfsgerecht bei den Studienbedingungen nachsteuern, wo es notwendig ist, und nebenbei auch noch unsere Studierenden im besten Fall glücklicher und erfolgreicher machen.

Eine weitere Forderung und Maßnahme ist die Schaffung einer Orientierungsphase zu Beginn des Studiums wie auch einer Orientierungsberatung über den gesamten Verlauf, die dann in Anspruch genommen werden kann. Insbesondere in den abbruchintensiven MINT-Studienfächern ist dies besonders wichtig. Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist das Orientierungssemester am Projekthaus Zukunft MINT, das die Hochschule Hannover anbietet.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns noch auf ein weiteres unglaublich relevantes Thema zu sprechen kommen, das auch meine Kollegin Pippa Schneider schon angesprochen hat. Es geht um das Thema mentale Gesundheit, denn wir dürfen auch die psychische Gesundheit unserer Studierenden nicht außer Acht

lassen. Das Ganze ist leider kein Randthema. Der Bedarf an Beratungsangeboten steigt stetig. Der Druck, den viele Studierende verspüren, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Corona-Pandemie hat diesen Effekt zudem verstärkt. Hier ist die Förderung von Resilienz von großer Bedeutung, aber ebenso der bedarfsgerechte Ausbau von Beratungsangeboten. Und beispielsweise auch ein Rückkehrrecht nach einer Exmatrikulation aufgrund psychischer Erkrankung wäre ein wichtiger Schritt, um Betroffenen eine zweite Chance zu bieten.

Meine Damen und Herren, weil eine psychische Erkrankung - egal, ob im beginnenden Stadium oder wenn sie chronisch ist - oftmals nicht so plakativ ist wie ein gebrochenes Bein, hier noch einmal ganz deutlich: Psychische Erkrankungen sind Erkrankungen. Das hat auch nichts mit angeblicher Schwäche zu tun. Sie können und dürfen nicht wegdiskutiert oder als nebensächlich abgetan werden. Diesem Anspruch müssen wir auch im akademischen Bereich gerecht werden.

Nur weil es etwas schon gibt, wie die aktuell bestehenden Hilfsangebote der sozialpsychologischen Beratungsstellen an unseren niedersächsischen Unis oder auch zum Beispiel eine gewisse Flexibilität von Studienbedingungen, heißt es noch lange nicht, dass es davon nicht mehr oder etwas Besseres geben kann. Wie heißt es so schön? Manchmal muss man Gutes noch besser oder auch schlagkräftiger machen.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns Niedersachsen zu einem noch besseren Studienstandort machen und Studierenden mit besseren Bedingungen eine noch bessere Ausbildung ermöglichen! Denn das sollte doch unser aller Interesse sein.

Vielen Dank.